POLITIK

Großer Behandlungsbedarf bei Kindern

Kinderzahnärzte beteiligen sich am Protesttag der Zahnarztpraxen.

MÜNCHEN – Zum länderübergreifenden Protesttag der Zahnärzte am Dienstag, dem 18. Juni, machte der Bundesverband der Kinderzahnärzte (BuKiZ) auf die teils prekäre Versorgungslage bei Kindern und Jugendlichen aufmerksam. "Zwar haben die meisten Kinder heute dank flächendeckender Präventionsarbeit gesunde Zähne, allerdings bleibt eine kleine Gruppe



mit ernsten Problemen wie Karies, Kreidezähnen, Schmerzen und Entzündungen. Diese Kinder sind darauf angewiesen, dass wir sie versorgen können. Dafür brauchen wir dringend eine bessere Ausstattung – von ausreichender Bezahlung über gutes Fachpersonal bis hin zu Kapazitäten bei Narkoseärzten", fordert die BuKiZ-Vorsitzende drs. Johanna Kant.

Die letzte bundesweit durchgeführte Studie der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege hat gezeigt, dass nahezu 15 Prozent der dreijährigen Kinder bereits von

Karies betroffen waren oder sind. Fast 75 Prozent der kariösen Milchzähne waren nicht behandelt. Bei den Sechsbis Siebenjährigen in der ersten Klasse hat nur noch jedes zweite Kind ein naturgesundes Gebiss. Bei den Zwölfjährigen wurden kariöse Defekte, nur bezogen auf die bleibenden Zähne, bei rund 21 Prozent der Kinder festgestellt. "Diese jungen Patienten stellen eine umschriebene Risikogruppe für zukünftige Zahnprobleme dar. Die Folgekosten im Erwachsenenalter werden erheblich sein", prognostiziert drs. Kant.

Aus Protest gegen die Gesundheitspolitik schließen die Mitglieder des BuKiZ ihre Praxen für einen Tag. So blieben in Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz viele Praxen am 18. Juni geschlossen. In Sachsen ist der Protesttag für den 29. Juni geplant, in Hessen und Westfalen-Lippe für den 25. September. In Bayern blieben die Praxen bereits am 12. Juni geschlossen.

Besonders hart seien Kinder und Jugendliche mit Behinderung von den mangelhaften Bedingungen in der zahnärztlichen Versorgung betroffen. "Menschen mit Behinderungen haben so gut wie keine Lobby, wenn es um die Bereitstellung von Geld für ihre Behandlung geht. Notwendige Zahnbehandlungen, für die eine stationäre Behandlung erforderlich ist, können kaum organisiert werden", kritisiert Kant.

Eine weiteres großes Problem im Praxisalltag sei die überhandnehmende Bürokratie. "Wir Zahnärzte müssen so viel dokumentieren wie noch nie. Dabei gibt es sinnvolle, aber auch unsinnige Vorschriften zu beachten. Digitalisierung, die mit der heißen Nadel gestrickt und verpflichtend in die Praxen gebracht wird, hemmt unsere Arbeit eher, als dass sie unterstützt", sagt die BuKiZ-Vorsitzende. "Wir Kinderzahnärzte wollen uns auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren. Und die aktuellen Zahlen belegen, dass der Behandlungsbedarf groß ist", untermauert sie ihre Position.

Quelle: BuKiZ

Umfrage zur Gewalt gegen Ärzte

ÄKWL fordert Schutzmaßnahmen.

MÜNSTER – "Die Gewalt gegen ärztliche Kollegen eskaliert. Wir können und dürfen dieses Thema gesellschaftlich nicht länger ignorieren." Dies ist für den Präsidenten der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL), Dr. Hans-Albert Gehle, das "erschreckende Ergebnis" einer Umfrage der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL) unter den circa 42.500 im elektronischen Mitgliederportal der ÄKWL gemeldeten Ärzten im Kammergebiet.

Innerhalb nur weniger Tage haben sich genau 4.513 Kammerangehörige zurückgemeldet. 2.917 davon haben auf die Frage "Haben Sie in der Vergangenheit in ihrem ärztlichen Alltag Gewalt erfahren müssen?" mit "Ja" geantwortet. Dabei handelte es sich in 2.676 Fällen um verbale Gewalt, in 1.015 Fällen sogar oder auch um körperliche Gewalt. 1.354 Fälle ereigneten sich im stationären Bereich, 1.339 im ambulanten Bereich,



Pflegepersonal, Krankenschwestern, Sanitätern, Passanten oder Polizisten registriert.

Gewaltbereitschaft nimmt zu

Gehle: "Die umfangreichen und schnellen Rückläufer unserer Umfrage zeigen, dass es eine spürbare und dauerhafte Zunahme von Gewaltereignissen im ärztlichen Alltag gibt und dieses Thema die Kollegen sowie auch deren Mitarbeiter massiv belastet. Die Hemmschwelle für aggressives oder beleidigendes Verhalten sinkt und die Gewaltbereitschaft nimmt zu. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das wir nicht tolerieren dürfen."

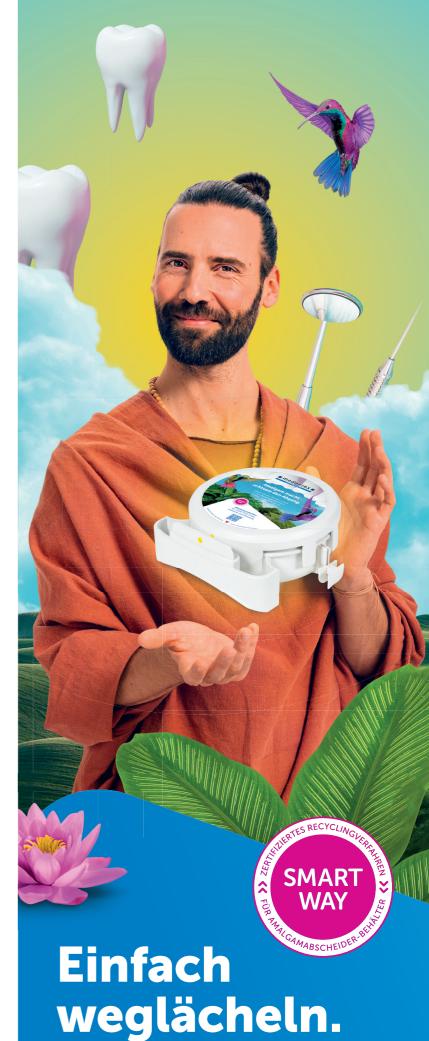
Deshalb fordert die ÄKWL ein flächendeckendes Meldesystem. Darin sollten Fälle von verbaler und körperlicher Gewalt im Gesundheitswesen nicht nur konsequent angezeigt werden. Aus dem Meldesystem sollten auch weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden, wie und mit welchen präventiven Maßnahmen solche Gewaltakte verhindert werden können.

Ärzte müssen, so die weitere Forderung des Kammerpräsidenten, in die Regelung des Paragrafen 115 Strafgesetzbuch aufgenommen werden, der Angriffe auf oder Widerstand gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienstmitarbeiter sanktioniert, also auf Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen. "Auch Ärzte müssen besonders geschützt werden, denn gewalttätige Übergriffe im ärztlichen Alltag sind keine Kavaliersdelikte, sondern erhebliche Vergehen."

Zu notwendigen Schutzmaßnahmen gehören laut Kammerpräsident auch Angebote von Deeskalationstrainings und Konfliktgesprächskursen, die die Akademie für medizinische Fortbildung der ÄKWL und KVWL anbieten kann. Gehle abschließend mit Blick auf die nahe Zukunft: "Es ist überlegenswert, eine entsprechende Ombudsstelle zum Thema Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal bei der Kammer einzurichten."

Quelle: ÄKWL

■ medentex ■ The Experts in Dental Services



Amalgam macht achtsam den Abgang.

Das neue **medentex-Pfandsystem** ist achtsam gegenüber der Umwelt und kostenoptimal für Ihre Praxis. Denn wer achtsam handelt, meistert den Alltag *mit einem Lächeln*.

Testen Sie jetzt unsere nachhaltige, zertifizierte und stressfreie Amalgamentsorgung:



Tel. 05205–75160 info@medentex.de *medentex.com/weglaecheln*